



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

01/2022

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

EASO wird zu EUAA – Asylagentur der Europäischen Union	4
Irak: Gesetzeslage zu häuslicher Gewalt	4
Asylstatistik 2021	6
Neue Länderreporte zu Iran und zur Türkei	6

Aus der Rechtsprechung

OVG Berlin-Brandenburg / Eritrea: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft wegen Entziehung oder Desertion vom Nationaldienst	7
VGH Mannheim / Irak: Zur Verfolgungssituation jesidischer Religionszugehöriger	8

Blick zum Nachbarn

Belgien: Einsatz der Europäischen Asylagentur	8
---	---

Was sonst?

Neuerwerbungen der Bibliothek	9
-------------------------------	---

Impressum

11



EASO wird zu EUAA – Asylagentur der Europäischen Union

Nachdem Ende 2021 sowohl EU-Parlament als auch Rat der EU die Verordnung über die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) angenommen hatten, erfolgte die Veröffentlichung des Verordnungstextes am 30. Dezember 2021 im Amtsblatt der EU. Wie geplant trat die Verordnung schließlich am 19. Januar 2022 in Kraft und wertete das bisherige Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zu einer vollwertigen Agentur der EU auf. Die neue Asylagentur wird die bisherigen Aufgaben des EASO fortführen, jedoch über ein ausgebautes Mandat verfügen. Zudem werden der EUAA größere personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Die EUAA wird dafür zuständig sein, die Funktionsweise des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu verbessern, indem den Mitgliedstaaten eine verstärkte operative und technische Unterstützung bereitgestellt und zu einer größeren Konvergenz bei der Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz beigetragen wird. In diesem Zusammenhang sind vor allem die von der EUAA in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten erstellten Country Guidances (Herkunftsländer Leitfäden) und die jeweils zugehörigen Guidance Notes (Leitlinien) von Relevanz. Für beide Produkte sieht die Verordnung eine „Berücksichtigung“ in nationalen Asylverfahren vor, obgleich die Entscheidung über internationalen Schutz weiterhin in der alleinigen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleibt. Bisher war es den Mitgliedstaaten selbst überlassen, ob sie die Country Guidances in ihren nationalen Asylverfahren miteinbeziehen oder unberücksichtigt lassen.

Die Entsendung von Expertinnen und Experten in die Mitgliedstaaten, die operative Unterstützung beantragt haben, soll auch zukünftig ein zentraler Baustein des Unterstützungsangebots sein. Hierfür wird unter anderem ein neuer Expertenpool, der sogenannte Asylum Reserve Pool (ARP), eingerichtet. Der ARP wird – im Gegensatz zur bisherigen Praxis, welche keinen zahlenmäßigen Vorgaben oder konkreten Pflichten zur personellen Unterstützung unterliegt – ein festes, EU-weites Kontingent von 500 Expertinnen und Experten aus allen Bereichen in Asyl und Aufnahme umfassen. Deutschland wird mit insgesamt 86 Expertinnen und Experten den größten Anteil stellen. Die genauen Details des ARP werden derzeit noch ausgearbeitet.

Außerdem soll sich die Asylagentur verstärkt in der externen Dimension der EU einbringen, unter anderem durch die Möglichkeit zur Entsendung von Liaisonmitarbeitenden oder den Abschluss von

Kooperationsvereinbarungen mit staatlichen Stellen in Drittstaaten. Damit soll die EUAA eine herausragende, koordinierende Rolle im Bereich der Drittstaatenunterstützung hinsichtlich einer Vermeidung von Doppelungen in der Projektarbeit und im Asylbereich übernehmen. Dies hat zentrale Bedeutung für ein konzentriertes Außenhandeln der EU, die EU-weite Angleichung der Standards und letztlich die Umsetzung eines funktionierenden Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).

Alexander Weinberger, 91B

Irak: Gesetzeslage zu häuslicher Gewalt

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder ist weltweit ein großes Problem, welches sich vor allem durch die Lockdowns während der COVID-19-Pandemie noch weiter verstärkt hat.¹ Laut den Vereinten Nationen gibt es in Irak aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie und den damit verbundenen, zunehmenden Spannungen in den Haushalten beunruhigende Berichte über eine Zunahme geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Im Zuge dessen haben die Vereinten Nationen bereits im April 2020 eine Pressemitteilung veröffentlicht, mit der sie das irakische Parlament auffordern, die Bestätigung des Gesetzes gegen häusliche Gewalt zu beschleunigen.²

Gesellschaftlicher Umgang mit häuslicher Gewalt

In der irakischen Gesellschaft findet häusliche Gewalt weitgehende Billigung. So werden Fälle von häuslicher Gewalt nicht ausreichend gemeldet, weil die Opfer selten Unterstützung suchen. Betroffene befürchten, ihre Familie zu beschämen und Stigmatisierung zu erfahren.³ Zudem haben die Opfer Angst, weil sie vermuten, dass die Polizei ihre Familien über eine getätigte Aussage informiert und sie beim Einleiten rechtlicher Schritte Todesdrohungen von ihren Ehemännern oder Familienmitgliedern erhalten würden.⁴ Laut einer OXFAM-Studie vom Juli 2021 wenden Männer Gewalt in der Gewissheit an, dass häusliche Gewalt als Privatangelegenheit betrachtet wird.⁵

1 Vgl. Pressemitteilung von Brot für die Welt: Zuhause ist ein gefährlicher Ort: Gewalt gegen Frauen in der Corona-Krise: Eine Schattenpandemie, 24.11.2022, <https://www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/2020-zuhause-ist-ein-gefaehrlicher-ort/> (Zugriff am 17.12.2022)

2 Vgl. UN Women, Arab States: UN in Iraq raises the alarm: Time to endorse the anti-domestic violence law, 17 April 2020, <https://arabstates.unwomen.org/en/news/stories/2020/04/un-in-iraq-raises-the-alarm-to-endorse-the-anti-domestic-violence-law> (Zugriff am 06.12.2021).

3 Vgl. UNOHCHR, Safety at home, an illusion for far too many women in Iraq, 13 May 2020, <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DomesticViolenceIraq.aspx> (Zugriff am 06.12.2021).

4 Vgl. USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2020 – Iraq, 30 March 2021, <https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/iraq/> (Zugriff am 06.12.2021)

5 Vgl. OXFAM, Community Perceptions of Sexual and Gender-Based Violence: A baseline report conducted in Anbar and Diyala Governorates, 7/2021, <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/rr-community-perceptions-sgbv-iraq-naseej-290721-en.pdf> (Zugriff am 06.12.2021), S. 4, S. 41, S. 51.

Gesetzeslage in Irak und in der Region Kurdistan

Die irakische Verfassung verbietet zwar Formen von Gewalt und Missbrauch in Familien, ein Gesetz zu häuslicher Gewalt hat die irakische Regierung bislang allerdings noch nicht verabschiedet. Im irakischen Strafgesetzbuch (StGB) sind Bestimmungen zur Kriminalisierung körperlicher Gewalt enthalten, aber häusliche Gewalt wird darin nicht ausdrücklich erwähnt. Im Artikel 41 des irakischen StGB wird sogar klargestellt, dass Männer das Recht haben, Frauen zu bestrafen und Eltern ihre Kinder disziplinieren dürfen. Die bisherigen parlamentarischen Bemühungen, einen Gesetzesentwurf gegen häusliche Gewalt zu verabschieden, kamen in den Jahren 2019 und 2020 ins Stocken. Einige Parlamentsmitglieder blockieren das Vorhaben, da sie der Auffassung sind, dass Ehrenmorde und körperliche Züchtigung von Kindern durch ihre Eltern vom Staat nicht bestraft werden sollten.⁶

Die Regionalregierung Kurdistans hingegen hat bereits seit 2011 ein Gesetz gegen häusliche Gewalt verabschiedet. Unter den Straftaten, welche häusliche Gewalt darstellen, werden unter anderem Zwangsheirat, Heirat von Minderjährigen, weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsarbeit von Familienangehörigen, körperliche Gewalt gegen sowie erzwungener Geschlechtsverkehr zwischen Ehemann und Ehefrau genannt.⁷ Bereits im Jahr 2000 wurde Artikel 409 des irakischen StGB, welcher „Ehre“ als möglichen strafmildernden Umstand benennt, in der Autonomen Region Kurdistan suspendiert.⁸ 2004 erließ das kurdische Regionalparlament ein Gesetz, welches „Ehre“ als strafmilderndes Motiv explizit verbietet.⁹ Trotz vorhandener Gesetzgebung gegen häusliche und ehre-basierte Gewalt in der Region Kurdistan stellen Gewalttaten im häuslichen Bereich weiterhin ein dauerhaftes Problem dar.¹⁰

Umsetzung von Maßnahmen

Das Innenministerium unterhält landesweit 16 Familienschutzseinheiten unter Polizeiaufsicht, welche bei häuslichen Streitigkeiten helfen und als sichere Zufluchtsorte für Opfer sexueller oder geschlechtsspezifischer Gewalt dienen sollen. Jedoch gaben diese Familienschutzseinheiten Berichten zufolge der Familienzusammenführung Vorrang vor dem Op-

ferschutz. Auch fehlt es den Einheiten an Kapazitäten und diese werden häufig ohne angegliederte Unterkünfte betrieben. Während der COVID-19-Pandemie soll nur die Hälfte des Personals gearbeitet haben und von Gewalt betroffene Frauen wurden schnell entlassen.¹¹ In Zentralirak behält sich die Regierung das Recht vor, Unterkünfte für Opfer von häuslicher Gewalt zu betreiben. Tatsächlich gibt es eine einzige solche Unterkunft in Bagdad, in die Frauen jedoch nur nach richterlichem Beschluss aufgenommen werden. Weitere Unterkünfte werden im Geheimen von Nichtregierungsorganisationen betrieben, sind jedoch gesellschaftlich nicht akzeptiert und werden regelmäßig durch Angehörige der dort untergebrachten Frauen attackiert.¹²

In der Region Kurdistan gibt es zwar mehrere staatliche und durch Nichtregierungsorganisationen betriebene Unterkünfte, dennoch sind die Kapazitäten nicht ausreichend. Weiterhin wird für die staatlichen Unterkünfte ebenfalls ein Gerichtsbeschluss benötigt, um dort aufgenommen zu werden. Darüber hinaus ist die gesellschaftliche Akzeptanz gering und auch die kurdischen Unterkünfte werden teilweise zum Ziel von Racheakten der Familien bzw. Ehemänner der Frauen.¹³

Oft werden Opfer von häuslicher Gewalt auch vorübergehend in Frauengefängnissen untergebracht. Gesundheitszentren sollen spezielle Programme für Opfer von häuslicher Gewalt betreiben, allerdings werden nicht alle Gebiete Iraks damit abgedeckt.¹⁴ Weitere Unterstützungsprogramme sind die Einrichtung kommunaler Polizeidienste¹⁵ sowie eine Unterstützungshotline¹⁶ für Gewaltopfer.

Gleichzeitig fehlt es auch an Ermittlungen und der Verantwortlichkeit für Gewalt gegen Frauen. Die mögliche Verfolgung von Tätern häuslicher Gewalt unter dem Straftatbestand der körperlichen Gewalt wird jedoch weiterhin, zum Beispiel mangels

6 Vgl. HRW, 'Iraq: Urgent Need for Domestic Violence Law' 22 April 2020, <https://www.hrw.org/news/2020/04/22/iraq-urgent-need-domestic-violence-law> (Zugriff am 06.12.2021).

7 Vgl. MRG, CCCR, 'The Lost Women of Iraq: Family-based violence...', November 2015, https://minorityrights.org/wp-content/uploads/2015/11/MRG-report-A4_OCTOBER-2015_WEB.pdf (Zugriff am 06.12.2021), S. 9.

8 Vgl. EASO: "Individuals perceived to transgress moral codes", in: Country Guidance Iraq 2021, 2021, <https://www.easo.europa.eu/country-guidance-iraq-2021/213-individuals-perceived-transgress-moral-codes> (Zugriff am 18.01.2022).

9 Vgl. Home Office: Country Policy and Information Note. Iraq: 'Honour' crimes, S. 12, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/975221/Iraq_-_Honour_Crimes_-_CPIN_-_v2.0_-_March_2021_-_EXT.pdf (Zugriff am 18.01.2022).

10 Vgl. Abed A., Violence against women in Iraq: between practice and legislation, 8 July 2020, <https://blogs.lse.ac.uk/mec/2020/07/08/violence-against-women-in-iraq-between-practice-and-legislation/> (Zugriff am 06.12.2021).

11 Vgl. UNOHCHR, Safety at home, an illusion for far too many women in Iraq, 13 May 2020, <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DomesticViolenceIraq.aspx> (Zugriff am 06.12.2021).

12 Vgl. Home Office: Country Policy and Information Note. Iraq: 'Honour' crimes, S. 34-36, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/975221/Iraq_-_Honour_Crimes_-_CPIN_-_v2.0_-_March_2021_-_EXT.pdf (Zugriff am 18.01.2022).

13 Vgl. EASO: "Violence against women and girls: overview", in: Country Guidance Iraq 2021, 2021, <https://www.easo.europa.eu/country-guidance-iraq-2021/2161-violence-against-women-and-girls-overview> (Zugriff am 19.01.2022).

14 Vgl. FIS, Iraq: Fact-Finding Mission to Baghdad in February 2019; Mental Health Issues and Their Treatment in Iraq, 17 June 2019, <https://migrif.org/documents/5202425/5914056/Iraq+FFM+report+Mental+Health+Issues.pdf/c3c8fd63-ee4b-c904-3a01-cf3f6c5a7a23/Iraq+FFM+report+Mental+Health+Issues.pdf> (Zugriff am 06.12.2021), S. 12.

15 Vgl. UN Women, Global Database on Violence against Women- Iraq, Community Police Service, Response of the Government of Iraq to the questionnaire on violence against women 2010, <https://evaw-global-data-base.unwomen.org/en/countries/asia/iraq/2008/community-police-service> (Zugriff am 06.12.2021).

16 Vgl. OXFAM, Gender Analysis of the COVID-19 Pandemic in Iraq: Conducted in Kirkuk, Diyala and Sulaimaniyah Governorates, June 2020, <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621007/rr-gender-analysis-covid-19-iraq-220620-en.pdf?sessionid=B5423C58A45BB9D-91FF99165AB0E73D8?sequence=4> (Zugriff am 06.12.2021), S. 15.

ausgebildetem Polizei- und Justizpersonals sowie durch Schikanen des sich den Fällen annehmenden Rechtspersonals, behindert.¹⁷ Dies führt dazu, dass auch in der Region Kurdistan der vorhandene gesetzliche Rahmen selten ausgeschöpft wird: Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt werden oftmals nicht weiterverfolgt. Auch bei ehrbasierten Tötungsdelikten die Täter in vergleichsweise wenigen Fällen vor Gericht gestellt. Geschieht dies doch, ist das Strafmaß meist gering oder die Täter werden nach einiger Zeit in Haft begnadigt.¹⁸

Jessica Mogavero, 62E

Zahlen zu den Asylzugängen in europäischen Staaten liegen für das Gesamtjahr 2021 noch nicht vor. Im ersten Halbjahr verzeichneten Deutschland und Frankreich mit jeweils über 50.000 die meisten Asylanträge. Zwischen 10.000 und 50.000 Asylanträge wurden in den Staaten Griechenland, Italien, Spanien und Österreich registriert.

Der Flyer mit weiterführenden Informationen kann über die BAMF-Homepage unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

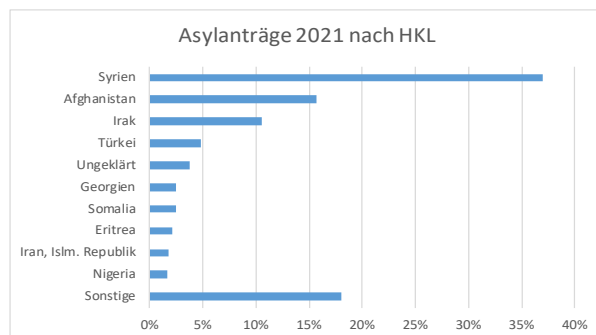
Andreas Emcev, 62E

Asylstatistik 2021

Das Bundesamt bietet einen kompakten Überblick über die wichtigsten Asylzahlen, wie die Entwicklung der Asylanträge, Asylzugänge im europäischen Vergleich, Entwicklung der Entscheidungen sowie der anhängigen Asylverfahren im Jahr 2021.

Die Anzahl der Asylanträge 2021 ist demnach gegenüber dem Vorjahr wieder gestiegen. Insgesamt 148.233 Personen stellten einen Asylantrag (102.581 im Jahr 2020). Dies bedeutet eine Zunahme der Antragszahlen um 44,5 %.

Die wichtigsten Herkunftsländer (HKL) waren dabei:



Es wurden im abgelaufenen Jahr 149.954 Entscheidungen über Asylanträge getroffen.

- 21,4 % (32.056) entfielen dabei auf den Flüchtlingsschutz,
- 15,3 % (22.996) auf den subsidiären Schutz und
- 3,2 % (4.787) auf Abschiebeverbote.
- 23,4 % (35.071) der Asylanträge wurden abgelehnt.
- Den Großteil stellten mit 36,7 % (55.035) formelle Entscheidungen dar.

Die Gesamtschutzquote für alle Herkunftsländer lag im Jahr 2021 somit bei 39,9 %.

¹⁷ Vgl. USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2020 – Iraq, 30 March 2021, <https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/iraq/> (Zugriff am 06.12.2021).

¹⁸ Vgl. EASO: Country of Origin Information Report: Iraq. Targeting of Individuals, März 2019, S. 159-163, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Iraq_targeting_of_individuals.pdf (Zugriff am 20.01.2022).

Neue Länderreporte zu Iran und zur Türkei

Der Bereich „Länderanalysen“ informiert im 46. Länderreport über die Digitalisierung in der iranischen Justiz. Seit Jahren sorgen von iranischen Antragstellenden im Asylverfahren eingereichte Gerichtsdokumente aufgrund zahlreicher Unstimmigkeiten und formaler Mängel bei den über Asyl Entscheidenden für Nachfragen. Hinzu kommen seit einiger Zeit digital erstellte Dokumente der iranischen Justiz beziehungsweise deren Kopien. Der vorliegende Länderreport widmet sich daher gezielt der Digitalisierung im iranischen Justizwesen, die wiederum seit 2016 auf Grundlage eigener Gesetzestexte vorangetrieben wird. Unter Zuhilfenahme zahlreicher, von iranischen Anwalts- und Rechtsberatungsagenturen betriebenen Websites wird der Frage nachgegangen, wie weit der Prozess der Digitalisierung der iranischen Rechtsprechung fortgeschritten ist und welche softwaregestützten Systeme dabei zum Einsatz kommen. Besonders zu erwähnen ist hier das unter dem Label Adliran (dt. Recht/Gerechtigkeit) betriebene Webportal Sana (Sabt-e nam-e elektronik, dt. elektronische/digitale Registrierung), das der Registrierung und späteren Authentifizierung iranischer Nutzerinnen und Nutzer dient. Dazu kommen eine ganze Reihe von anderen Portalen, genannt Eblagh (dt. Mitteilungen oder Verkündungen), bei der Überstellung von Gerichtsunterlagen zum Einsatz. Ungeachtet dieser Unterschiede in den Akronymen und Titeln wird das elektronische System oftmals einfach nur Sana genannt. Im Länderreport werden folgende Fragen angesprochen: Wie funktionieren Anmeldung und Zugang für iranischen Nutzende? Wie sind die Websites aufgebaut und wie funktionieren sie? Welche Art von Gerichtsdokumenten sind online abrufbar? Ist das System für elektronische Justizmitteilungen auch für irakische Staatsangehörige im Ausland zugänglich? Gibt es eventuelle Besonderheiten und Schwierigkeiten bei der Nutzung innerhalb und außerhalb Irans?

Der 47. Länderreport beleuchtet die Entwicklung des Kurdenkonflikts in der Türkei. Der Kurdenkonflikt und die kurdische, politische Bewegung bestehen aus mehreren Komponenten: Dem türkischen Staat sowie Militär, der kurdischen Bevölkerung und ihrer legitimen Forderung nach Anerkennung ihrer ethnischen und kulturellen Identität in der Türkei, der pro-kurdischen Demokratiebewegung, aber auch der als Terrororganisation gelisteten PKK (Partiya Karkerên Kurdistan, dt. Arbeiterpartei Kurdistan). Der vorliegende Report soll die Akteure, ihr Verhältnis zueinander und den Konflikt im Kontext aktueller sozialer und politischer Entwicklungen in der Türkei darstellen.

Die Länderberichte können wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

Andreas Emcev, 62E

OVG Berlin-Brandenburg / Eritrea: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft wegen Entziehung oder Desertion vom Nationaldienst

Mit Urteilen vom 17. November 2021 und 22. November 2021 (u.a. Az. OVG 4 B 13/21) hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg Klägerberufungen hinsichtlich der Zuerkennung des Flüchtlingsschutzes zurückgewiesen beziehungsweise Berufungen des Bundesamtes hiergegen stattgegeben. Die Rechtsauffassung des Bundesamtes, nachdem die Flüchtlingseigenschaft nach Entzug aus dem Nationaldienst Eritreas ohne weitere Umstände nicht zuzuerkennen ist, wird nunmehr einheitlich von den Obergerichten geteilt.¹⁹

Laut OVG Berlin-Brandenburg sprächen gewichtige Indizien gegen die Annahme, dass einem Dienstpflichtigen aus Eritrea wegen einer Entziehung oder Desertion vom Nationaldienst oder einer illegalen Ausreise im dienstpflichtigen Alter eine Behandlung (Inhaftierung und/oder Verpflichtung zur Ableistung des Militärdienstes) drohe, die an eine ihm zugeschriebene politische Überzeugung anknüpfe.

Hiergegen spreche in erster Linie, dass sich die Verpflichtung zur Ableistung des Nationaldienstes im Wesentlichen auf alle eritreischen Staatsangehörigen erstrecke. Auf der Grundlage aktueller Erkenntnisse

lasse sich keine generell härtere Bestrafung von Deserteuren und Dienstpflichtverweigerern feststellen. Die große Bandbreite der angedrohten und tatsächlich verhängten Strafen spreche gegen die Annahme, die Bestrafung diene politischen Zwecken.

Ferner spreche gegen eine politische Zielrichtung auch der Zweck der Sanktionsmaßnahmen, die der Erzwingung von Geständnissen, Informationsgewinnung, Bestrafung für angebliches Fehlverhalten sowie der Schaffung eines allgemeinen Klimas der Angst diene. Willkürliche und außergerichtliche Sanktionen beschränkten sich nicht auf die Delikte des Entzuges vom Nationaldienst, sie seien daher Ausdruck des totalitären Herrschaftsanspruchs des Regimes gegenüber seiner Bevölkerung und knüpften für sich genommen nicht an ein flüchtlingsschutzerhebliches Merkmal an. Zu berücksichtigen sei ferner, dass die Flucht vor dem Nationaldienst bereits seit Jahren ein Massenphänomen sei.

Ein weiteres gewichtiges Argument gegen eine Anknüpfung an das Merkmal der politischen Überzeugung sei darin zu sehen, dass der Staat Eritrea unter dem Eindruck des Massenexodus bei Auslandsritreern aus ökonomischen Gründen auf den staatlichen Strafanspruch verzichte, indem er Rückkehrern Straffreiheit durch Unterzeichnung einer „Reueerklärung“ und Zahlung einer „Diaspora-Steuer“ gewähre.

Demgegenüber sei nur noch von geringem Gewicht, dass der Staat Eritrea den Nationaldienst in der Zeit nach dem Grenzkrieg mit Äthiopien als politisches Projekt zur Vermittlung einer nationalen Ideologie an die Jugend konstituiert habe („Schule der Nation“).

Eine Verknüpfung zwischen etwaigen Verfolgungshandlungen und einer dem Dienstpflichtigen zugeschriebenen Überzeugung im Sinne des § 3a Abs. 3 AsylG ließe sich somit nicht feststellen. Auch könne der Kläger sich nicht auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 19. November 2020 (Az. C-238/19) berufen, da nach Überzeugung des Senates nicht feststehe, dass der Kläger veranlasst wäre, im Rahmen des Tigray-Konflikts Kriegsverbrechen zu begehen.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat die Revision nicht zugelassen.

Georg Meyer, 61E

¹⁹ vgl. zuletzt VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 20.10.2021 – VGH A 13 S 2176/21, OVG Hamburg, Beschluss vom 2. September 2021 – 10 A 1939/20.A; OVG Hamburg, Beschluss vom 2. September 2021 – 4 Bf 546/19.A

VGH Mannheim / Irak: Zur Verfolgungssituation jesidischer Religionszugehö- riger

Der 10. Senat des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Baden-Württemberg weist mit Urteil vom 7. Dezember 2021 (Az. A 10 S 2189/21) die Berufung der Klägerin gegen die klageabweisende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 19. Mai 2020 (Az. A 13 K 8449/18) zurück.

Die Klägerin, eine jesidische Religionszugehörige aus Irak, Provinz Ninive, Distrikt Sindschar, wurde im August 2014 von sogenannten IS-Kämpfern verschleppt und versklavt. Im Rahmen eines Aufnahmeprogramms des Landes Baden-Württemberg wurde sie in die Bundesrepublik Deutschland gebracht. Das Bundesamt hat für die Klägerin das Vorliegen eines nationalen Abschiebungsverbotes nach § 60 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz festgestellt und ihren Antrag (Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, hilfsweise die Zuerkennung eines subsidiären Schutzstatus) im Übrigen abgelehnt. Ihre gegen die ablehnende Entscheidung gerichtete Klage blieb erfolglos.

Das Gericht geht in seiner Entscheidung im Einklang mit der obergerichtlichen Rechtsprechung²⁰ davon aus, dass eine Verfolgung der Gruppe der Jesiden weder in der Provinz Ninive, noch im Übrigen irakischen Staatsgebiet erfolgt. Das Gericht verweist insoweit auf die verfassungsrechtliche Gleichberechtigung der Jesiden in Irak sowie die Bestrebungen, die schwierige Lage der Jesiden in Irak zu verbessern. Eine Gruppenverfolgung der Jesiden durch den sogenannten Islamischen Staat oder andere nichtstaatliche Akteure sei gegenwärtig und in absehbarer Zukunft nicht zu verzeichnen.

Auch die von der Klägerin erlittene Vorverfolgung begründet nach Auffassung des Senats heute keine Flüchtlingseigenschaft mehr, weil es der sogenannte Islamische Staat jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr in der Hand habe, den Wiederaufbau in den betroffenen Regionen zu verhindern. Daran änderten auch die vereinzelten Anschläge auf die Lebensgrundlagen der örtlichen Bevölkerung nichts. Den Grad der zumutbaren Gefahr sieht das Gericht durch die von der Klägerin erlittene Vorverfolgung nicht abgesenkt. Auch im Fall schwerer Vorverfolgung genüge die „bloße theoretische Möglichkeit“ einer erneuten Verfolgung nicht, weil „stichhaltige Argumente“ gegen die „reale Möglichkeit“ einer Verfolgung sprechen.

Der Anspruch auf Zuerkennung eines subsidiären Schutzstatus nach § 4 Asylgesetz kommt wegen Fehlens einer Zurechnung drohender Gefahren zu einem Verfolgungsakteur im Sinne von § 4 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 3 c Asylgesetz nicht in Betracht.

Auswirkungen auf die Verfahrenspraxis

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg stützt argumentativ die Rechtsauffassung und aktuelle Entscheidungspraxis des Bundesamtes zur Verfolgungssituation jesidischer Religionszugehöriger in Irak.

Andreas Dihlmann, 61E

Blick zum Nachbarn / Belgien: Einsatz der Europäischen Asyagentur

Auf Anfrage der Belgischen Regierung wird die Europäische Asyagentur EUAA (ehemals EASO) in ihrem achten Einsatz in einem EU-Mitgliedstaat ab Januar 2022 unterstützend im belgischen Erstaufnahmebereich mitwirken.²¹ Der entsprechende Einsatzplan wurde von der Exekutivdirektorin der EUAA, Nina Gregori, und dem belgischen Staatssekretär für Asyl und Migration, Sammy Mahdi, im Dezember 2021 unterzeichnet. Auf Ersuchen der belgischen Behörden wird EUAA im Rahmen der Vereinbarung Mittel und Ausrüstung für die Aufnahme, Personal und technisches Know-how bereitstellen. Die Agentur wird mit der belgischen Bundesagentur für die Aufnahme von Asylbewerbern (FEDASIL) zusammenarbeiten, um die kurz- und mittelfristigen Kapazitäten zu erhöhen und um gleichzeitig sicherzustellen, dass die Aufnahmestandards mit dem Gemeinsamen Europäischen Asyssystem (GEAS) in Einklang stehen.²²

Ziele sind:

- In einer ersten kurzfristigen Maßnahme sollen bestehende Notaufnahmeeinrichtungen quantitativ und qualitativ ausgebaut werden.
- In einem weiteren Schritt sollen mithilfe einer von EUAA geführten Evaluation mittelfristig die Kapazitäten durch ein modulares Notaufnahmesystem erhöht sowie der Ankunftsprozess unterstützt und verbessert werden.

EUAA stellt dazu zunächst 150 Aufnahmeeinheiten zur Verfügung und bis zu 100 Personen an qualifizierten Einsatzkräften, darunter Expertinnen und Experten für Standortmanagement, Informationsbereitstellung,

²⁰ siehe dazu: Obergericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 10.05.2021, 9 A 570/20.A und 9 A 1489/20.A; Niedersächsisches Obergericht, Beschluss vom 11.03.2021, 9 B 129/19; OVG Saarland, Beschluss vom 08.11.2021, 2 A 255/21

²¹ Vgl. EASO Press Release PR 17/2021: Belgium: EASO launches operation to support reception authorities, vom 16.12.2021, <https://www.easo.europa.eu/news-events/belgium-easo-launches-operation-support-reception-authorities>, Abruf am 13.01.2022

²² Ebd.

Sozialarbeit, Training, Kinderschutz und Dolmetschen.²³

Die Anfrage Belgiens erfolgte aufgrund der stark gestiegenen Ankunftsahlen im Jahr 2021. Das Land erreichte im September 2021 die höchsten Antragszahlen seit dem Flüchtlingsstrom 2015. Dieser starke Anstieg Asylsuchender belastet die vorhandenen nationalen Aufnahmekapazitäten stark. Seit Sommer 2018 bis Anfang 2020 verdoppelten sich die Ankunftsahlen von 16.000 auf 29.000 Personen pro Jahr. Obwohl die Kapazitäten stetig ausgebaut werden, waren diese 2019 schon zu 96 Prozent ausgelastet. Im Jahr 2020 sowie in der ersten Hälfte 2021 gingen die Ankunftsahlen leicht zurück auf 24.000 Personen jährlich.²⁴ Seit Mitte 2021 stiegen die Zahlen wieder stark und erreichten ihren Höchststand im September mit über 3.300 Asylanfragen und rund 2.400 Asylsuchenden im Oktober und November 2021.²⁵ Dies übersteigt die vorhandenen, nationalen Aufnahmekapazitäten, die bei rund 2.000 Personen pro Monat liegen. Afghanistan, Syrien, die Palästinensischen Autonomiegebiete, Eritrea und Irak zählten 2021 zu den wichtigsten Herkunftsländern.²⁶

Damit ist Belgien nach Spanien der zweite EU-Mitgliedstaat, der lediglich hinsichtlich der Aufnahmekapazitäten und -bedingungen unterstützt wird. Weitere Projekte der EUAA laufen derzeit in den Mitgliedstaaten Zypern, Griechenland, Litauen, Lettland und Malta in den Bereichen Aufnahme von Flüchtlingen und Durchführung der Asylverfahren.²⁷

Dr. Anke Reiß, 62E

Neuerwerbungen der Bibliothek

Bardelle, Arne; Steinfurth, Elisa: Psychische Erkrankungen und krankheitsbedingte Abschiebungsverbote : eine kritische Auseinandersetzung mit den Darlegungspflichten in der Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. - September 2021. - Berlin: BAfF, 2021. - 1 Online-Ressource (58 Seiten)

Brouwer, Evelien R. [u.a.]: The European Commission's legislative proposals in the New Pact on Migration and Asylum: study requested by the LIBE committee. - July 2021. - [Brussels]: CEPS, 2021. - 1 Online-Ressource (248 Seiten)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl: Evaluation der AnkER-Einrichtungen und der funktionsgleichen Einrichtungen. - Stand: 02/2021. - Nürnberg: BAMF, [2021]. - 205 Seiten: Illustrationen, Diagramme, Karten. - ISBN 978-3-944674-20-9

Dietz, Andreas: „Gnade vor Recht“?: Härtefallkommission nach § 23a AufenthG im Spannungsfeld zwischen Staat und Gesellschaft. - In: Die öffentliche Verwaltung : Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft. - 74 (2021), Heft 18, Seite 806-816

ECRE, European Council on Refugees and Exiles: Reception, detention and restriction of movement at EU external. - July 2021. - Brussels: Heinrich-Böll-Stiftung European Union, 2021. - 1 Online-Ressource (48 Seiten)

Ellebrecht, Sabrina: Mediated bordering : Eurosur, the refugee boat, and the construction of an external EU border. - Bielefeld: transcript, [2020]. - 1 Online-Ressource (317 Seiten). - ISBN 978-3-8394-4753-6

Enkert, Andreas: Gewährung von Kirchenasyl - (K)Eine Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 41 (2021), Heft 10, Seite 353-392, Seite 373-377

Graf, Johannes: Jahresbericht 2020 Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland. - Stand: 08/2021. - Nürnberg: BAMF, 2021. - 1 Online-Ressource (42 Seiten)

Happ, Michael: Die Bedeutung der Online-Terminbuchung bei der Auslandsvertretung für ein nationales Visum zum Familiennachzug minderjähriger Kinder zu ihren Eltern. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 41 (2021), Heft 8, Seite 265-308, Seite 274-277

²³ Ebd.

²⁴ Direction générale de Office des étrangers, Belgique: Rapport d'activités 2020, S. 43, <https://dofi.ibz.be/sites/default/files/2021-12/Rapport%20annuel%202020.pdf>, Abruf am 13.01.2022

²⁵ DEMANDEURS DE PROTECTION INTERNATIONALE Statistiques mensuelles, novembre 2021, S. 5, https://dofi.ibz.be/sites/default/files/2021-12/Stat_IB-DPI_FR_2021-11.pdf, Abruf am 13.01.2022, eine Veröffentlichung zu den Zahlen im Dezember 2021 lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor.

²⁶ Ebd., S. 6

²⁷ Vgl. EASO Press Release PR 17/2021, s.o.

Hilhorst, Dorothea [u.a.]: Reconsidering humanitarian advocacy through pressure points of the European 'migration crisis'. - 1 Online-Ressource (Seite 125-144). In: International migration: quarterly review. - 59 (2021), Heft 3, Seite 125-144

Grischek, Friederike: Entscheidungen des EuGH im Asylrecht als nachträgliche Änderung der Rechtslage iSd § 51 I Nr.1 VwVfG. - 1 Online-Ressource (6 Seiten). In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. - 40 (2021), Heft 20, Seite 1492-1497

Göttsche, Anna Lena: Weibliche Genitalverstümmelung, Beschneidung : interdisziplinäre Betrachtungen und rechtliche Einordnungen im Lichte von Grund- und Menschenrechten. - Tübingen: Mohr Siebeck, [2020]. - XV, 295 Seiten. - ISBN 978-3-16-159000-9

Junghans, Jakob: Der Evaluationsbericht des BAMF zu AnKER-Einrichtungen: Anlass einer Bestandsaufnahme. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 41 (2021), Heft 10, Seite 353-392, Seite 365-373

Karamanidou, Lena; Kasperek, Bernd: Fundamental rights, accountability and transparency in European governance of migration: the case of the European Border and Coast Guard Agency FRONTEX. - July 2020. - 2020. - 1 Online-Ressource (106 Seiten)

Lebensaltersschätzung in der Rechtsmedizin = Age estimation in legal medicine. - Lübeck: Schmidt-Römhild, [2021]. - 128 Seiten: Illustrationen, Diagramme. ISBN 978-3-7950-0340-1

Missachtung der Menschenwürde von Flüchtlingen in Deutschland: repräsentative Erhebung zur asylrechtlichen Situation von 5.207 christlichen Konvertiten. - Stand: September 2021. - Kelkheim: Open Doors, [2021]. - 1 Online-Ressource (77 Seiten)

PICUM, Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants: More detention, fewer safeguards: how the new EU Pact on Migration and Asylum creates new loopholes to ignore human rights obligations. - October 2020. - Brussels, 2020. - 1 Online-Ressource (6 Seiten)

Thym, Daniel: EU immigration and asylum Law: article-by-article commentary. - Third edition. - München: C.H.Beck, 2022. - XXXV, 1806 Seiten. - ISBN 978-3-406-77969-5

Trauma - Flucht - Asyl: ein interdisziplinäres Handbuch für Beratung, Betreuung und Behandlung. - 1. Auflage. - Bern Hogrefe, 2019. - 532 Seiten: Illustrationen. - ISBN 978-3-456-85829-6

Tsourdi, Evangelia: Holding the European Asylum Support Office accountable for its role in asylum decision-making: Mission impossible? - In: German law journal: GLJ: open access to comparative, european, and international law. - 21 (2020), Heft 3 vom 8.4.2020, 1 Online-Ressource (Seite 506-531)

Welte, Hans-Peter: Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems? In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - 43 (2021), Heft 10, Seite 369-371

Wissink, Lieke M.: Making populations for deportation: Bureaucratic knowledge practices inside a European deportation unit. - 1 Online-Ressource (15 Seiten). - In: Political and legal anthropology review: PoLAR. - 44 (2021), Heft 2 vom 24.11.2021, Seite 256 - 270

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

01/2022

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

